

Presseinformation 46/2023

Umbau des Klima- und Transformationsfonds gefordert

Investitionszuschüsse aus dem Klima- und Transformationsfonds wurden ausgesetzt. Das Bundesverfassungsgericht hat ein Auffüllen unverbrauchter Mittel aus den Corona-Hilfsgeldern in den Klimafonds als nicht verfassungskonform gewertet. Weiterhin gespeist wird das Sondervermögen aus den Erlösen des Europäischen Emissionshandels und der CO₂-Bepreisung im nationalen Emissionshandel.

Gerade konservative Parteien im Bundestag bezweifeln, dass ein Lockern der Schuldenbremse erfolgen dürfe, da im Klimaschutz keine Notlage eingetreten sei. Das sei völlig unverständlich nach Auffassung des Verbandes für Wirtschaft und Umwelt in Rheinland-Pfalz angesichts der Faktenlage. So seien in diesem Jahr die höchsten globalen Jahrestemperaturen seit über 100.000 Jahren gemessen worden, die global aufgetretenen Waldbrände im Mittelmeerraum oder Kanada hätten extreme Schäden verursacht und bisher unvorstellbare Starkregenereignisse in Griechenland und anderen Mittelmeerländern, wie auch zuletzt der Mediane in Libyen, hätten zu zahlreichen Toten und Schäden geführt.

Der rheinland-pfälzische Wirtschaftsverband fordert, die Schuldenbremse für Investitionszuschüsse im Klimaschutz zu lockern. Kreditfinanzierte Investitionen, die dazu beitragen, Deutschland zu einem klimaneutralen Wirtschaftsstandort zu machen, seien zukunftsfähig und ökonomisch sinnvoll. Weiterhin müssten jetzt klimaschädliche Subventionen wie das Dienstwagenprivileg abgeschafft und die Kerosinbesteuerung eingeführt werden, um die Mittel dem Klimafonds zuzuführen. Eine Erhöhung der CO₂-Bepreisung müsse mit dem zugesagten Klimageld für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger kommen.

Der Verband für Wirtschaft und Umwelt fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die neue Förderrichtlinie für Klein- und Kleinstunternehmen bei Umstellung von Produktionsanlagen von Gas und Öl auf Strom nicht der Kürzung im Klima- und Transformationsfonds zum Opfer falle. Gerade in Rheinland-Pfalz seien 88 Prozent aller Unternehmen dem Kleinstsektor und weitere 9 Prozent den Kleinbetrieben zuzurechnen.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 20. November 2023